

MOTION von Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) und Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon)

betreffend Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Paragraphen 61 des Gesetzes über die politischen Rechte so abzuändern, dass die Beilage eines Beiblattes gemäss Paragraph 60 bei Mehrheitswahlen ohne Vorverfahren obligatorisch wird.

Robert Brunner
Esther Hildebrand

Begründung:

Viele Gemeinden haben sich für ein Wahlverfahren ohne Vorverfahren entschieden. Dieses Verfahren hat den Vorteil, dass es für die Gemeinden weniger Aufwand bringt. Der Nachteil dieses Verfahrens besteht darin, dass Kandidatinnen und Kandidaten, die sich öffentlich und frühzeitig für einen Sitz in einer Gemeindebehörde bewerben, nicht sicher sein können, dass die Stimmberechtigten davon Kenntnis haben. Die Stimmberechtigten wiederum müssen sich selber – dies ist ausschliesslich über Werbung möglich – einen Überblick verschaffen, wer sich für ein Amt zur Verfügung stellt.

Für die Kandidatinnen und Kandidaten wäre das Beiblatt eine Anerkennung, dass sie sich rechtzeitig und öffentlich zur Wahl stellen, was heute keine Selbstverständlichkeit mehr ist.